

# Wulff in Bedrängnis

## Mahnungen des Bundespräsidenten lösen Zweifel an seiner Neutralität aus. Regierung muss Abberufung des Bankvorstands prüfen

**BERLIN** – Die Bundesbank hofft, dass Bundespräsident Christian Wulff schnell über die Abberufung ihres umstrittenen Vorstandsmitglieds Thilo Sarrazin entscheiden wird. Das Staatsoberhaupt will aber offenbar nichts überstürzen – obwohl er zunächst ein schnelles Handeln von der Bundesbank gefordert hatte. Wulff bat gestern die Bundesregierung um eine Stellungnahme. Das Finanzministerium wird nun formal prüfen, ob es rechtliche Einwände gegen die Abberufung gebe, sagte eine Sprecherin von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Gleichzeitig gerieten Wulff und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Kritik, weil sie bereits im Vorfeld der Bundesbank-Entscheidung trotz der Unabhängigkeit der Notenbank die Abberufung Sarrazins gefordert hatten. Merkel und Wulff hatten öffentlich die Sorge geäußert, das Ansehen der Bundesbank und Deutschlands könne durch die umstrittenen Äußerungen des früheren Berliner Finanzsenators Schaden nehmen. Beide hatten die Bundesbank zu schnellem Handeln aufgefordert. Am Donnerstag beschloss der Vorstand schließlich, beim Bundespräsidenten die Abberufung Sarrazins zu beantragen – ein bislang nie dagewesener Vorgang.

„Die Unabhängigkeit der Bundesbank ist ein hohes Gut. Die Politik darf keinesfalls Druck auf den Vorstand ausüben, um bestimmte Entscheidungen herbeizuführen“, sagte der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Leo Dautzenberg, „Handelsblatt Online“. Auch der renommierte Arbeitsrechtler Christian Oberwetter sieht das Vorpreschen des Staatsoberhauptes kritisch: „Wulff ist in diesem Fall die neutrale Prüfungsstelle. Seine Äußerungen lassen ihn geradezu befangen erscheinen“, sagte Oberwetter. Ohnehin sei fraglich, ob Sarrazins Thesen eine belastbare Grundlage für eine Abberufung lieferten: „Meiner Meinung nach hat sich Sarrazin im Rahmen der zulässigen Meinungsäußerung bewegt“, so Oberwetter.

Sarrazins Thesen befeuern die Integrationsdebatte in Deutschland. Merkel stellte sich gestern vor die in Deutschland lebenden Türken, wies aber auch auf Fehlentwicklungen bei der Integration hin. Wulff warnte vor vorschnellen Vorwürfen, sprach sich zugleich aber für klare Forde-

### Parteiausschluss

- **Brandbrief** SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wirbt bei der Parteibasis um Zustimmung für das Parteiausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin. In einem Brandbrief beteuert sie: „wir machen uns unsere Entscheidungen in dieser Sache nicht leicht.“ Sarrazin habe aber „eine Grenze überschritten“. Berichten zufolge trafen bei der SPD vor allem Reaktionen von Mitgliedern ein, die Sarrazin recht gaben.
- **Gabriel** Parteichef Sigmar Gabriel sieht dagegen eine „breite Akzeptanz“ in der Basis für das Verfahren. Das zeigten auch die eingehenden E-Mails von Mitgliedern. Das Verfahren wird an diesem Montag beschlossen.

rungen an Zuwanderer aus. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) regte eine Debatte um das Staatsbürgerschaftsrecht an. Einer Studie zufolge stimmt jeder zweite Bundesbürger Sarrazins Aussage zu, es gebe in Deutschland zu viele Ausländer. Nur 16 Prozent meinten, die muslimische Kultur passe hierher, sagte der Bielefelder Sozialforscher Andreas Zick der „Frankfurter Rundschau“.

Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ findet derweil reißenden Absatz. Der Verlag steigerte die Auflage auf 250 000 Exemplare. Inzwischen gibt es Forderungen in der Berliner SPD, dass Sarrazin das Buchhonorar für Migranten spenden soll. „Die Gewinne aus dem Buchverkauf hat Herr Sarrazin auf dem Rücken der Einkommensschwachen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und durch Diskriminierung von Migrantengruppen erzielt“, sagte gestern die Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration, Ülker Radziwill. Sie forderte Sarrazin auf, die Verkaufserlöse für die Bildung der Kinder aus einkommensschwächeren Schichten zu spenden. „Die Berliner Schulen warten auf seine Spenden“, so Radziwill weiter. Sarrazin soll rund zehn Prozent des Buchpreises, der bei 22,90 Euro liegt, als Autorenhonorar erhalten.

Seite 3



Ab jetzt geht's aufwärts: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen

**BERLIN** – Der Karstadt-Krimi blieb spannend bis zur letzten Minute. Erst gestern Morgen – mit zwölf Stunden Verspätung – kamen die letzten Unterschriften der mehr als 100 Highstreet-Karstadtgeber unter den Karstadt-Mietverträgen vor, die rund 400 Millionen Euro niedrigere Zahlungen vorsehen. Man habe große geständnisse gemacht, hieß es, bevor am Nachmittag das Amtsgericht Essen den Insolvenzplan schließlich absegnete.

Fast 15 Monate hatten die 25 000 Beschäftigten von Karstadt um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Gestern kam die große Entlastung: Ihre Zukunft ist gesichert. „Das ist ein Neuanfang“.

## Zahl der dauerkranken in Berlin auf Rekordniveau

**BERLIN** – In den vergangenen vier Jahren hat sich die Zahl der langzeiterkrankten Lehrer in Berlin fast verdoppelt – und damit einen Rekordwert erreicht. Vor vier Jahren waren es 830 Lehrer, im Sommer dieses Jahres schon 1450, die länger als drei Monate arbeitsunfähig gemeldet waren. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage des bildungspolitischen Sprechers der CDU, Sascha Steuer, hervor. Die Bildungsverwaltung begründet die steigende Zahl der Dauerkranken mit dem zunehmenden Durchschnittsalter. Im

Schuljahr 2008/09 schnitt 50,3 Jahre.

In den Schulen stand zu dem Zeitpunkt zu dem die Bildungswelt neuen Schulen die in denen sie die einander aus (CDU) macht Zöllner (SPD) wortlich. Er hat ger Lehrkräfte sen, sagt Steuer